

Allgemeine Vertragsbedingungen der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. für die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen

Gliederung

- § 1 Art und Umfang der Leistung; Allgemeine Leistungspflichten
- § 2 Vergütung des Auftragnehmers
- § 3 Ausführungsunterlagen
- § 4 Mitarbeiter und Unterbeauftragung
- § 5 Terminplanung und Ausführungsfristen
- § 6 Behinderung der Leistung des Auftragnehmers
- § 7 Verteilung der Gefahr
- § 8 Kündigung durch den Auftraggeber
- § 9 Kündigung durch den Auftragnehmer
- § 10 Außervertragliche Haftung des Auftragnehmers
- § 11 Vertragliche Schadensersatzpflicht; Abtretung von Drittansprüchen
- § 12 Abnahme
- § 13 Nacherfüllungspflicht des Auftragnehmers
- § 14 Verjährung von Nacherfüllungs- und Schadensersatzansprüchen
- § 15 Auskunft, Vorlage- und Herausgabepflicht
- § 16 Abrechnung; Zahlungspflicht des Auftraggebers
- § 17 Berufshaftpflicht des Auftragnehmers
- § 18 Urheberrecht des Auftragnehmers
- § 19 Vollmacht des Auftragnehmers
- § 20 Verfahren bei Auseinandersetzungen; Gerichtsstand
- § 21 Rechtsgeltung; Vertragsänderungen; Auslegungsregel

§ 1 Art und Umfang der Leistungen, Allgemeine Leistungspflichten

1.1

Für die vom Auftragnehmer übernommenen Architekten- oder Ingenieurleistungen gelten in nachstehender Reihenfolge:

- (1)** die einzelvertraglichen Vereinbarungen der Parteien, insbesondere zum Umfang der vom Auftragnehmer geschuldeten Architekten- und Ingenieurleistungen, zum Honorar, zum Termin- und Zahlungsplan,
- (2)** diese Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen und
- (3)** die Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI), im Zweifel in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung.

1.2

(1) Im Rahmen der übernommenen Leistungsverpflichtungen ist der Auftragnehmer verpflichtet, die vom Auftraggeber vorgegebenen Planungsziele zu verfolgen. Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit einschließlich der Grundsätze und Voraussetzungen für einen späteren wirtschaftlichen Betrieb des Bauwerks / der baulichen Anlage sowie den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen.

Das vom Auftragnehmer geschuldete Leistungsergebnis wird mit fortschreitender Planung von den zwischen den Parteien abgestimmten und vom Auftraggeber freigegebenen Planungsergebnissen bestimmt.

(2)

Der Auftragnehmer hat die Interessen des Auftraggebers zu wahren. Er darf keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Vermögensbetreuungspflichten, die mit übertragen sind, hat er ausschließlich für den Auftraggeber wahrzunehmen.

Weder der Auftragnehmer noch eine ihm angehörige oder wirtschaftlich verbundene Person dürfen in einem von ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren für einen Bewerber oder Bieter tätig sein, es sei denn, dass dadurch für den Auftragnehmer kein Interessenkonflikt besteht oder sich die Tätigkeiten nicht auf die Entscheidungen im Vergabeverfahren auswirken. Ein Interessenkonflikt besteht immer dann, wenn der Auftragnehmer am Ausgang des Vergabeverfahrens ein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse hat.

(3) Auf Anregung des Auftragnehmers hat der Auftraggeber die erforderlichen Fachplaner zu beauftragen, sofern nicht der Auftragnehmer mit der Generalplanung beauftragt ist. Der Auftragnehmer hat die Fachplanungen so zu koordinieren, dass sie sich in die geschuldete Objektplanung einfügen. Auf die Bedingungen der Fachplanungen hat der Auftragnehmer auch bei seiner Leistung Rücksicht zu nehmen.

(4) Der Auftraggeber hat seine Bauabsichten nach Planungs- und Baufortschritt zu konkretisieren und sie dem Auftragnehmer möglichst frühzeitig mitzuteilen. Der Auftragnehmer hat diese Vorgaben zu beachten, den Auftraggeber hinsichtlich seiner baulichen Vorstellungen zu beraten und Durchführungsvorschläge auf der Grundlage des jeweils erreichten Planungsstandes zu unterbreiten.

Auf eventuelle Bedenken hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit der Vorstellungen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer frühzeitig hinzuweisen.

(5) Der Auftraggeber hat den Baufortschritt in jeder Phase der Vertragsabwicklung durch zügige Entscheidungen zu unterstützen. Behinderungen im Entscheidungsverfahren hat er dem Auftragnehmer unverzüglich mitzuteilen.

(6) Gibt der Auftraggeber die Vorplanungsergebnisse des Auftragnehmers für die Objektplanung (§§ 34 Abs. 1, 39 Abs. 1, 43 und 47 HOAI) frei, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, seine weiterführenden Leistungen darauf aufzubauen. Die damit festgelegten Lösungen sind Grundlage für die weiterführende Arbeit des Auftragnehmers. Dies gilt ebenso für Ergebnisse der Vorplanung gemäß §§ 49 und 53 HOAI (Fachplanungen).

1.3

Bei der Entwurfsplanung hat der Auftragnehmer die Vorgaben der Genehmigungsbehörden zu berücksichtigen und, soweit vom Auftraggeber gewollt, in die Planung zu übernehmen. Werden dadurch Änderungen der vom Auftraggeber freigegebenen Vorplanungsergebnisse erforderlich, wird der Auftraggeber an deren Umsetzung mitwirken. Bedingen derartige Änderungen gleichzeitig Steigerungen der Baukosten und/oder des Architektenhonorars, hat der Auftragnehmer vor Ausführung der Änderungsplanung hierauf konkret unter Bezifferung der zu erwartenden Kostenfolge hinzuweisen.

1.4

Mit der Unterzeichnung der Bauvorlagen für den Bauantrag oder für entsprechende Erklärungen im behördlichen Baufreigabe- bzw. Anzeigeverfahren gibt der Auftraggeber zugleich den vom Auftragnehmer vorgelegten Entwurf als Grundlage der weiteren Planung frei.

1.5

(1) Die für die Baudurchführung erforderliche Ausführungsplanung hat der Auftragnehmer so rechtzeitig zu erstellen, dass der mit den ausführenden Firmen abgestimmte Bauablauf nicht behindert wird.

(2) Die zur Vorbereitung der Vergabe notwendigen Details der Ausschreibung sind einschließlich Planvorgaben so vollständig und rechtzeitig zu erstellen, dass danach möglichst eindeutige und erschöpfende Leistungsverzeichnisse aufgestellt werden können.

1.6

Bei der Vorbereitung von Bieterwettbewerben für die Vergabe von Bauleistungen hat der Auftragnehmer die für den Auftraggeber geltenden Vergabevorschriften und Förderrichtlinien zu beachten. Diese hat er unaufgefordert beim Auftraggeber zu hinterfragen. Fehlen entsprechende Vorschriften und schreibt der Auftraggeber nicht ausdrücklich eine bestimmte Verfahrensregelung vor, so sollen in der Regel drei Angebote für die zu vergebenden Bau- oder Lieferleistungen eingeholt werden. Hält der Auftragnehmer bei der Vergabevorbereitung wegen besonderer Problemlagen zusätzlichen Rechtsrat für erforderlich, wird ihm der Auftraggeber auf Anforderung die notwendige Unterstützung geben, ggf. einen entsprechenden Fachmann zur Seite stellen.

1.7

Bei der Vergabe von Bau- und Lieferleistungen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber in fachlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu beraten. Im Interesse des Vertragszieles wird der Auftraggeber entsprechend diesem Rat möglichst geeignete Unternehmen für die Bauausführung beauftragen.

1.8

(1)

Mit der Objektüberwachung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Ausführung der Leistungen der beauftragten Unternehmen auf ihre Pflichtgemäßheit zu überwachen. Er ist berechtigt, Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der beauftragten Bau- oder Lieferleistungen notwendig sind. Die Anordnungen sind möglichst dem von dem beauftragten Unternehmen zur Leitung der Ausführung bestellten Vertreter zu erteilen.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Überwachungstätigkeit so einzurichten, dass eine Kontrolle der auszuführenden Arbeiten, insbesondere bei generell schadensgeneigten Bauleistungen und bei solchen Arbeiten gewährleistet ist, deren Ergebnisse durch die nachfolgende Bautätigkeit nicht mehr ohne weiteres zugänglich sind. Die Anzahl der Baustellenkontrollen, der Einsatz von Bauüberwachungspersonal und dessen Qualifikation hat der Auftragnehmer am Schwierigkeitsgrad der gestellten Bauaufgabe auszurichten.

(3) Wenn nicht anders vereinbart, hat der Auftragnehmer ein Bautagebuch zu führen. Mit dem Bautagebuch ist der Baufortschritt gegebenenfalls auch fotografisch so zu dokumentieren, dass die für die Erstellung eines Bauwerks wesentlichen Arbeitsabläufe nach Fertigstellung des Bauvorhabens nachvollzogen werden können.

(4) Der Auftragnehmer veranlasst die Maßnahmen, die für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung auf der Baustelle und für das Zusammenwirken der vom Auftraggeber beauftragten, ausführenden Unternehmen zweckdienlich sind. Er hat darauf zu achten, dass die öffentlich-rechtlichen Genehmigungen für die Durchführung des Bauvorhabens rechtzeitig beschafft werden, soweit nicht gemäß Absprache oder Verkehrssitte andere Beteiligte dafür zuständig sind.

(5) Sind die vom Auftragnehmer für die Objektüberwachung eingesetzten Mitarbeiter den objektiven Anforderungen der Planungsaufgabe nicht gewachsen und ist deswegen das Vertragsziel konkret gefährdet, so kann der Auftraggeber, nach vorheriger Abmahnung unter Angabe von wichtigen Gründen in Textform, vom Auftragnehmer verlangen, das als unzulänglich erkannte Personal durch geeignete Leute zu ersetzen.

(6) Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers zur Mitwirkung an Abnahmen verpflichtet; er hat den Auftraggeber zu beraten. Förmliche Abnahmen hat der Auftragnehmer insoweit vorzubereiten, als er rechtzeitig Vorabnahmebegehungen mit den jeweils betroffenen Bauunternehmen durchführt und den Auftraggeber von dem Ergebnis der Begehung informiert, ggfls. die Beseitigung der hierbei festgestellten Mängel fördert, danach die Beteiligten zum Verhandlungstermin über die Abnahme (vgl. § 12 Nr.4 VOB/B) lädt. Über das Ergebnis der Abnahme hat der Auftragnehmer ein schriftliches Protokoll vorzubereiten und zum Ortstermin auszufertigen. Der Auftragnehmer hat den Unternehmer darüber zu informieren, dass er zur Vorbereitung des Abnahmetermins die von ihm geforderte beziehungsweise erwartete Dokumentation seiner Leistungen (Revisionsunterlagen, Bedienungs- und Betriebsanleitungen, Datenblätter, Fachunternehmererklärungen etc.) im Termin in vollständiger Form an den Auftraggeber übergeben muss, anderenfalls der Auftraggeber die rechtsgeschäftliche Abnahme nicht erklären wird. Der Auftragnehmer hat die vom Unternehmer bereit gestellten Dokumente spätestens im Abnahmetermin inhaltlich auf Richtigkeit und Vollständigkeit hin zu prüfen. Die Erklärung der rechtsgeschäftlichen Abnahme behält sich der Auftraggeber allein vor. Über eine entsprechende Vollmacht verfügt der Auftragnehmer nicht.

(7) Mit Abschluss der Objektplanung hat der Auftragnehmer die von ihm geschuldeten Dokumentationsleistungen (z. B. Bautagebuch, Unternehmerliste, Liste der Gewährleistungsfristen, Betriebsanleitungen etc.) zusammenzustellen und dem Auftraggeber zum Eigentum zu übertragen. Bevor dies nicht geschehen ist, steht dem Auftraggeber ein Anspruch auf Schlusszahlung nicht zu.

(8) Hat der Auftragnehmer vertraglich die verantwortliche Bauleitung nach den Bestimmungen der Landesbauordnung übernommen und führt er diese Leistung nicht persönlich aus, so ist er verpflichtet, der zuständigen Behörde einen für die Übernahme dieser Leistung geeigneten Mitarbeiter zu benennen.

(9) Übernimmt der Auftragnehmer auch Maßnahmen zur Vorbereitung und Ausführung des Bauvorhabens nach den Anforderungen der Baustellenverordnung, kann er verlangen, dass seine Rechte und Pflichten sowie die Vergütung für diese Leistung vor Übernahme dieser Aufgaben in Textform geregelt werden.

1.9

Nach Abschluss der Objektüberwachung hat der Auftragnehmer im vertraglich vereinbarten Umfang die Leistungen der Objektbetreuung und -dokumentation zu erbringen. Ohne abweichende Vereinbarung besteht diese Aufgabe jedenfalls auf Dauer von 5 Jahren seit Eintritt der (Teil-) Abnahmewirkungen für die Leistungen bis einschließlich der Objektüberwachung bzw. Bauüberwachung oder Bauoberleitung gemäß den Regelungen in § 12, mindestens jedoch bis zum Ablauf der Gewährleistungsfristen gegenüber den ausführenden Bauunternehmen.

1.10

Im Rahmen der vertraglich übernommenen Leistungsverpflichtung ist der Auftragnehmer zur Kostenermittlung nach DIN 276 sowie zur Kostenkontrolle durch Vergleich der im jeweiligen Planungsstadium ermittelten Kosten mit den vom Auftraggeber gebilligten, gegebenenfalls im Einvernehmen fortgeschriebenen Kosten verpflichtet. Zur Kostenermittlung bzw. Kostenkontrolle gehört im Zweifel auch die Zusammenstellung und Koordination der zum Leistungsbereich des Auftragnehmers gehörenden Fachbeiträge.

Werden Kostensteigerungen gegenüber den vom Auftraggeber gebilligten Kosten erkennbar, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber hierüber unverzüglich zu informieren und möglichst Vorschläge zur Kosteneinsparung zu unterbreiten.

1.11

Sollen dem Auftragnehmer die im Vertrag vorgesehenen Leistungen in einzelnen Leistungsabschnitten übertragen werden (stufenweise Beauftragung), so beschränkt sich der Auftrag zunächst auf die Erfüllung der abgerufenen Leistungsstufe. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die im Voraus festgelegten, jedoch noch nicht beauftragten weiteren Leistungsabschnitte zu erfüllen, wenn der Auftraggeber dies verlangt.

Soweit nichts anderes vereinbart ist, besteht kein Rechtsanspruch auf weitere Beauftragung. Sind seit Abschluss der beauftragten Leistungsstufe mehr als zwei Jahre vergangen, so hat der Auftragnehmer das Recht, die Übernahme des nächsten Leistungsabschnitts von einer Anpassung der vertraglichen Leistungsverpflichtung und deren Honorierung an etwa veränderte Umstände abhängig zu machen. § 313 BGB bleibt unberührt.

§ 2 Vergütung des Auftragnehmers

2.1

Die Vergütung der beauftragten Leistung richtet sich nach den vertraglichen Vereinbarungen der Parteien und den Bestimmungen der HOAI.

2.2

Ist für Leistungen des Auftragnehmers ein Pauschalhonorar festgelegt, so richtet sich die Vergütung nach der getroffenen Vereinbarung. Der Auftragnehmer kann jedoch eine Anpassung des Honorars verlangen, wenn sich die Umstände für die Erbringung der vereinbarten Leistung so wesentlich geändert haben, dass dem Auftragnehmer ein Festhalten am vereinbarten Pauschalhonorar nicht zugemutet werden kann (§ 242 BGB). In diesem Fall ist ein neues Honorar zu vereinbaren, das den geänderten Leistungsanforderungen entspricht.

2.3

(1) Liegen die Voraussetzungen aus § 10 HOAI vor, so haben die Parteien das Honorar für die weiteren Vor- oder Entwurfsplanungen unter Beachtung von § 10 HOAI vor Ausführung der weiteren Leistungen schriftlich oder in Textform zu vereinbaren. Ändert der Auftraggeber das mit dem Auftragnehmer abgestimmte Planungsziel sonstiger Planungsleistungen außerhalb des Anwendungsbereiches von § 10 HOAI, steht dem Auftragnehmer ein zusätzlicher Honoraranspruch zu, sofern die geänderten Planungsleistungen nach grundsätzlich verschiedenen Anforderungen im Sinne § 10 HOAI gefertigt werden. Über die Höhe des zusätzlichen Vergütungsanspruchs treffen die Parteien vor der Ausführung der weiteren Leistungen eine Vereinbarung. Im Regelfall wird sich das Honorar für solche Leistungen nach Änderungsaufwand und dem Honorar bemessen, welches für die erstmalige Erbringung dieser Leistung vorgesehen war.

(2) Führt eine Änderung des Planzieles gemäß Abs. 1 nicht zur Umplanung nach grundsätzlich verschiedenen Anforderungen, so gilt Folgendes:

Geringfügige Änderungen der Planung, deren Zeitaufwand sich im Rahmen üblicher Optimierungen hält, führen nicht zu einem zusätzlichen Vergütungsanspruch. Gehen die Leistungsanforderungen darüber hinaus, steht dem Auftragnehmer ein zusätzlicher Honoraranspruch zu. Über die Höhe des zusätzlichen Vergütungsanspruchs treffen die Parteien eine Vereinbarung. Im Regelfall wird sich das Honorar für solche Leistungen nach Änderungsaufwand und dem Honorar bemessen, welches für die erstmalige Erbringung dieser Leistung vorgesehen war. Der Änderungsaufwand ist zu dem Aufwand ins Verhältnis zu setzen, der für die erstmalige Leistungserbringung angefallen ist. Für die Änderungsleistung kann ein entsprechender Honoraranteil verlangt werden.

(3) Beansprucht der Auftragnehmer für Mehr- oder Zusatzleistungen (etwa gemäß Abs. 1, 2) ein zusätzliches Honorar, hat er den Auftraggeber darauf vor Erbringung der betroffenen Leistungsteile in Textform unter Bezifferung der zu erwartenden Kosten hinzuweisen und möglichst dessen Entscheidung abzuwarten. Ein Zurückbehaltungsrecht an der geforderten weiteren Leistung steht dem Auftragnehmer nur zu, wenn der Auftraggeber sich abschließend weigert, berechnete zusätzliche Vergütungsansprüche anzuerkennen.

(4) Unterbleibt eine solche Anzeige des Auftragnehmers vor Leistungsausführung, steht dem Auftragnehmer ein zusätzlicher Vergütungsanspruch unabhängig von den jeweiligen Voraussetzungen gemäß vorstehender Regelung und unabhängig von dem tatsächlichen Mehraufwand aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt zu.

(5) Leistungen, die der Auftragnehmer ohne vertragliche Verpflichtung erbringt, hat der Auftraggeber nicht zu vergüten. Eine Vergütung steht dem Auftragnehmer jedoch entsprechend den Absätzen 1 und 2 zu, wenn der Auftraggeber die Leistungen nebst der zusätzlichen Vergütung nachträglich anerkennt. Eventuelle weitergehende gesetzliche Ansprüche des Auftragnehmers darüber hinaus bleiben unberührt.

2.4

(1) Verlangt der Auftraggeber gemäß Nr. 2.3 vom Auftragnehmer Leistungen, die über seine Ursprungsverpflichtung hinausgehen, so ist der Auftragnehmer zur Übernahme dieser Leistungen verpflichtet, wenn er betrieblich darauf eingerichtet ist, sie in das Fachgebiet der beauftragten Leistungen fallen und nicht besondere Gründe eine Ablehnung rechtfertigen.

(2) Verlangt der Auftraggeber bei oder nach Vertragsabschluss Leistungen, die Besondere Leistungen gemäß § 3 Abs. 3 HOAI darstellen, so sind die Parteien zum Abschluss einer schriftlichen Honorarvereinbarung verpflichtet. Wird eine solche schriftliche Vereinbarung nicht getroffen, ist im Zweifel davon auszugehen, dass das Honorar für diese Besonderen Leistungen mit dem vereinbarten Honorar für die vertraglich gebundenen Grundleistungen mit abgegolten sein soll. Dem Auftragnehmer steht in diesem Fall jedoch das Recht zu, mit der Schlussrechnung die Berechtigung eines zusätzlichen Vergütungsanspruchs nachzuweisen, sofern er diesen vor Ausführung schriftlich beim Auftraggeber angezeigt hat.

(3) Verlängert sich die vertraglich vorgesehene Planungszeit durch Umstände, die der Auftraggeber zu vertreten hat, erheblich, so sind die Parteien verpflichtet, eine Anpassung des Honorars an die veränderten Umstände zu vereinbaren. Dies gilt nicht, wenn die Verlängerung sowohl von Auftraggeber als auch von Auftragnehmer zu vertreten ist.

Eine Planungszeitüberschreitung, die nach den Bedingungen der Bauaufgabe erwartet werden musste, bleibt für erhöhte Vergütungsansprüche außer Betracht.

(4) Verzögert sich die Zeit für die Bauausführung aus Gründen, die allein der Auftraggeber zu vertreten hat (ohne dabei für die von den ausführenden Unternehmen zu vertretenden Verzögerungen zu haften) erheblich, so kann der Auftragnehmer verlangen, dass ihm der nachgewiesene Mehraufwand ersetzt wird, und zwar für die Dauer der Überschreitung der vertraglich vorgesehenen, eventuell der für ein solches Bauvorhaben i.d.R. anzunehmenden Bauzeit. Dies gilt nicht, wenn die Verlängerung sowohl von Auftraggeber als auch von Auftragnehmer zu vertreten ist.

(5) Treten während der Bauausführung Ablaufstörungen ein, die nicht dem Risikobereich des Auftraggebers zuzurechnen sind, führen diese grundsätzlich nicht zu einer Anpassung der Vergütung, es sei denn, die Voraussetzungen des § 313 BGB sind erfüllt. Bei einer durch derartige Umstände bedingten Verlängerung des Zeitraums der Objektüberwachung legen die Vertragsparteien die Zumutbarkeitsschwelle bei 20 % der vertraglich vorgesehenen Zeitdauer der Objektüberwachung fest, so dass der Auftragnehmer für darüber hinausgehende Ausführungszeitverlängerungen eine zusätzliche Vergütung für Leistungen der Objektüberwachung geltend machen kann, sofern und solange nicht die Störungen vom Auftragnehmer selbst zu vertreten sind. Derartige Ansprüche sind auf den vom Auftragnehmer im Einzelfall konkret nachzuweisenden Mehraufwand beschränkt. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt. Im Übrigen begründen Veränderungen der festgelegten Termine allein keinen Anspruch auf Erhöhung des Honorars.

Eine Bauzeitüberschreitung, die nach den Bedingungen der Bauaufgabe erwartet werden musste, bleibt für erhöhte Vergütungsansprüche außer Betracht.

§ 3 Ausführungsunterlagen

3.1

(1) Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer unentgeltlich alle zur Vertragserfüllung notwendigen Auskünfte erteilen und Unterlagen bereitstellen. Verfügt der Auftraggeber über diese Informationen nicht, wirkt er ggf. mit dem Auftragnehmer zu ihrer Beschaffung zusammen.

(2) Erhält der Auftragnehmer Unterlagen oder Auskünfte vom Auftraggeber, so hat er im Hinblick auf ihre Verwertbarkeit zu überprüfen, ob sie bezüglich der fachlichen Aussage vollständig und zutreffend sind. Sind die bereit gestellten Unterlagen unvollständig oder weisen sie Mängel auf, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf unverzüglich in Textform hinzuweisen.

3.2

(1) Werden dem Auftragnehmer die Informationen auf Datenträgern übermittelt, so ist er berechtigt, sich hiervon Kopien zu erstellen, um diese als Arbeitsgrundlage allein für das vertragsgegenständliche Bauvorhaben zu verwenden. Eine über das betroffene Bauvorhaben hinaus gehende Verwendung derartiger Unterlagen bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers in Textform.

(2) Eine Weitergabe der vom Auftraggeber bereitgestellten Unterlagen und Daten ist dem Auftragnehmer nur mit ausdrücklich Zustimmung des Auftraggebers gestattet. Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn die Weitergabe zur Erreichung des Vertragszieles unbedingt erforderlich ist und die Zustimmung des Auftraggebers trotz intensiver Bemühungen des Auftragnehmers nicht zu erreichen ist.

3.3

Die vom Auftragnehmer zur Erfüllung der Vertragsaufgabe angefertigten Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen sind dem Auftraggeber in verwertbarer (insbesondere lesbarer, ggf. ausdrückbarer) und dauerhafter Form zu verschaffen. Über die Form von Datenübermittlungen treffen die Parteien möglichst bei Vertragsbeginn konkrete Vereinbarungen.

§ 4 Mitarbeiter und Unterbeauftragung

4.1

Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen seines Fachgebietes mit eigenen Mitarbeitern auszuführen. Die Unterbeauftragung Dritter oder die Weitergabe von Auftragsanteilen ist ihm ohne die in Textform zu erteilende Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die Auswechslung eines Mitarbeiters zu verlangen, wenn das Vertrauensverhältnis aus vom Mitarbeiter zu vertretenden Gründen gestört und dem Auftraggeber das Festhalten an der Weiterbeschäftigung dieses Mitarbeiters deshalb nicht mehr zumutbar ist.

4.2

(1) Werden dem Auftragnehmer Leistungen übertragen, die nicht in sein Fachgebiet fallen, so hat er sich mit dem Auftraggeber über die Person eines Drittbeauftragten und über die Rechtsform seiner Einschaltung abzustimmen.

Dies gilt ggf. auch für Teilaufgaben aus dem Fachgebiet des Auftragnehmers, wenn deren Bearbeitung untergeordnete Bedeutung hat und die Weitergabe der Leistung einem berechtigten Interesse des Auftragnehmers entspricht.

(2) Die für die Erbringung der Leistungen Benannten müssen eine abgeschlossene Fachausbildung als Dipl.-Ing. / Dipl.-Ing. FH bzw. Master an Universitäten oder Fachhochschulen oder als Bachelor an Universitäten oder Fachhochschulen mit jeweils 3-jähriger einschlägiger Berufserfahrung oder eine vergleichbare Berufserfahrung aufweisen, sie dürfen sich durch entsprechend qualifizierte Personen vertreten lassen.

Für die Objektüberwachung ist zusätzlich eine angemessene Baustellenpraxis von mindestens 3 Jahren Voraussetzung. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform.

(3) Vergibt der Auftragnehmer in zulässiger Weise Leistungen an einen Dritten, entspricht dessen Leistung trotz Abmahnung des Auftraggebers nicht den im Vertrag mit dem Auftragnehmer gestellten Anforderungen und ist dies vom Nachunternehmer und/oder vom Auftragnehmer zu vertreten, so kann der Auftraggeber seine Zustimmung zur Beauftragung widerrufen. Dies hat zur Folge, dass der Auftragnehmer die Leistung des Nachunternehmers selbst übernehmen oder mit Zustimmung des Auftraggebers einen anderen Nachunternehmer mit der Leistung beauftragen muss. Auch für diesen ist die Zustimmung des Auftraggebers nach § 4 Nr. 4.1. erforderlich. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, so ist der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages mit dem Auftragnehmer hinsichtlich der entsprechenden Leistung (Teilkündigung) aus wichtigem Grunde berechtigt. Die Verantwortlichkeit des Auftragnehmers bleibt unberührt. Vorstehende Regelungen gelten analog für Mitarbeiter des Auftragnehmers.

4.3

Werden dem Auftragnehmer nicht sämtliche zur Durchführung der Bauvorbereitung notwendigen Fachleistungen übertragen, so hat er dem Auftraggeber Vorschläge für die Einschaltung entsprechend kompetenter Personen zu unterbreiten. Der Auftragnehmer berät den Auftraggeber zum notwendigen Umfang der weiteren Beauftragung. Der Auftraggeber wird für die planerische Bauvorbereitung nur geeignete Personen beauftragen und dem Auftragsverhältnis möglichst diese Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen zu Grunde legen.

4.4

Die Koordinierung der Planung des Objekts mit fremden Fachplanungen obliegt dem für die übergeordnete Planung zuständigen Auftragnehmer. Er hat dafür zu sorgen, dass die Fachplaner ihre Leistungen möglichst konfliktfrei in die Gesamtleistung integrieren und hat mit ihnen die Terminplanung zu vereinbaren. Der Auftragnehmer ist im Hinblick auf den Leistungsabruf und die Leistungskoordination der Fachplaner für den Auftraggeber weisungsberechtigt.

§ 5 Terminplanung und Ausführungsfristen

5.1

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistung so zeitig zu beginnen, zu fördern und zu vollenden, dass der Auftraggeber sie dem Verträge entsprechend verwenden kann.

5.2

Verzögert der Auftragnehmer eine Leistung, für die keine Vertragsfrist besteht, kann ihm der Auftraggeber eine angemessene Frist setzen und diese mit der ausdrücklichen Erklärung verbinden, dass der Auftragnehmer mit Ablauf der Frist in Verzug gerät. Hält der Auftragnehmer diese Frist nicht für angemessen, so hat er ihr unverzüglich zu widersprechen und dem Auftraggeber den notwendigen Zeitraum mitzuteilen. § 8 Nr. 8.2 Abs. 4 dieser Vertragsbedingungen bleibt bestehen.

§ 6 Behinderung der Leistung des Auftragnehmers

6.1

Wird der Auftragnehmer nicht rechtzeitig oder ausreichend informiert oder wird er auf andere Weise in seiner vertraglichen Leistung durch Umstände behindert, die von ihm nicht zu vertreten (§ 276 BGB) sind, so hat er Anspruch auf Berücksichtigung des durch die Behinderung verursachten Zeitverzugs.

6.2

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber Behinderungen seiner Leistung unverzüglich in Textform anzuzeigen. Unterlässt der Auftragnehmer diese Anzeige, obwohl sie ihm nach den Umständen möglich gewesen wäre, hat er nur dann Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn dem Auftraggeber die entsprechenden Tatsachen und deren hindernde Wirkung bekannt oder auf Grund grober Fahrlässigkeit unbekannt waren.

6.3

Die Regelung der Ziffern 6.1 und 6.2 gelten entsprechend, wenn der Auftraggeber in der Wahrnehmung vertraglicher Verpflichtungen behindert wird.

6.4

Wird die Leistung des Auftragnehmers aus Gründen behindert, die vom Auftraggeber zu vertreten sind, und schafft der Auftraggeber auch innerhalb einer vom Auftragnehmer zu setzenden angemessenen Nachfrist keine Abhilfe, hat der Auftragnehmer wegen der durch die Behinderung bedingten zusätzlichen Kosten Anspruch auf eine angemessene Entschädigung. § 642 Abs. 2 BGB gilt entsprechend.

§ 7 Verteilung der Gefahr

7.1

(1) Werden eigene gegenständliche Leistungen des Auftragnehmers (z. B. Planzeichnungen, Berechnungen und Datensammlungen, Antragsunterlagen; Bearbeitungen von Leistungsunterlagen Dritter) auf Grund von Umständen zerstört oder beschädigt, die von keinem Vertragspartner zu vertreten sind, trägt das Vergütungs- und Leistungsrisiko bis zur Abnahme dieser Leistungen der Auftragnehmer.

(2) Der Gefahrübergang findet mit deren Übergabe an den Auftraggeber statt, wenn das Leistungsergebnis zu diesem Zeitpunkt vertragsgemäß erbracht und eine Abnahme den Umständen nach nicht zu erwarten war.

7.2

Wird ein vom Auftragnehmer selbst erbrachtes Leistungsergebnis (vgl. Nr. 7.1) vor dem Zeitpunkt des Gefahrübergangs beeinträchtigt oder geht es unter, ohne dass dies von einem der Vertragspartner zu vertreten ist, so bleibt der Auftragnehmer zur Leistung ohne gesonderten Vergütungsanspruch verpflichtet. Die Regelungen der §§ 275, 635 Abs. 3 BGB bleiben unberührt.

§ 8 Kündigung durch den Auftraggeber

8.1

Der Auftraggeber kann den Vertrag jederzeit ohne Begründung kündigen, wenn nicht etwas anderes vereinbart ist.

8.2

Der Vertrag kann von dem Auftraggeber darüber hinaus aus wichtigem Grund gekündigt werden. Ein solcher Kündigungsgrund liegt für den Auftraggeber insbesondere dann vor, wenn

(1) der Auftraggeber seine Bauabsicht für das geplante Objekt nachhaltig aufgibt,

(2) das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände erheblich gestört ist, so dass dem Auftraggeber ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann,

(3) der Auftragnehmer seine Zahlungen eingestellt hat, das Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt worden oder die Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers aus anderen Gründen so beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen in seine Möglichkeit zur vertragsgerechten Erfüllung nicht mehr besteht,

(4) der Auftragnehmer vertraglich vereinbarte oder ihm wirksam vom Auftraggeber gesetzte Fristen nicht einhält und seinen Vertragspflichten auch nach erfolgter Nachfristsetzung mit Kündigungsandrohung nicht zeitgerecht nachkommt.

8.3

Dem Auftragnehmer steht bei einer Kündigung nach § 8 Nr. 1 die vereinbarte Vergütung zu. Er muss sich, sofern die Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart haben, jedoch anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt.

8.4

Wird der Vertrag durch Kündigung aus wichtigem Grunde durch den Auftraggeber gemäß § 8 Nr. 2 beendet, so steht dem Auftragnehmer die vertragliche Vergütung nur für die tatsächlich vertragsgemäß erbrachten Leistungen zu, und auch nur insoweit, als diese für den Auftraggeber verwertbar sind.

8.5

Hat der Auftragnehmer die Kündigung zu vertreten, so bleiben Schadensersatzansprüche des Auftraggebers gegen ihn unberührt.

8.6

Die Kündigung bedarf der Schriftform. Erfolgt die Kündigung aus wichtigem Grund, sind die maßgebenden tatsächlichen Umstände darzulegen.

8.7

Ist der Vertrag durch Kündigung beendet, haben beide Parteien seine Abwicklung nach Möglichkeit zu fördern. Dem Interesse einer Partei an Maßnahmen zur Beweissicherung haben sie Rechnung zu tragen und die nötigen Auskünfte zu erteilen.

§ 9 Kündigung durch den Auftragnehmer**9.1**

Der Auftragnehmer kann den Vertrag nur aus wichtigem Grunde kündigen. Ein solcher Grund liegt insbesondere vor, wenn

(1) der Auftraggeber eine ihm obliegende Leistung unterlässt und dadurch den Auftragnehmer wesentlich behindert, seine Leistung vertragsgemäß auszuführen,

(2) der Auftraggeber mit einer fälligen Zahlung oder auf andere Weise mit einer wesentlichen Vertragspflicht in Verzug gerät,

(3) das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände so erheblich gestört ist, dass dem Auftragnehmer ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann.

9.2

Die Kündigung ist schriftlich zu erklären. Sie ist erst zulässig, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber ohne Erfolg in Textform eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.

9.3

Für den Vergütungsanspruch des Auftragnehmers gilt § 8 Nr.3 entsprechend, wenn der Kündigungsgrund vom Auftraggeber zu vertreten ist. Etwaige Ansprüche des Auftragnehmers gemäß § 642 BGB und Schadensersatzansprüche gemäß § 11 Nr. 2 dieses Vertrages bleiben unberührt.

9.4

§ 8 Nr.7 gilt für den Fall der Kündigung durch den Auftragnehmer entsprechend.

§ 10 Außervertragliche Haftung des Auftragnehmers**10.1**

Die gegenseitige Haftung der Vertragspartner aus unerlaubter Handlung folgt dem Gesetz. Ergänzend gelten die folgenden Vereinbarungen:

10.2

(1) Haften die Vertragsparteien einander im Rahmen ihrer Vertragspflichten aus unerlaubter Handlung, so gelten für die Verschuldensvoraussetzungen die Maßstäbe des Vertrages.

(2) Haften Auftraggeber und Auftragnehmer einem Dritten gemeinschaftlich aus unerlaubter Handlung, so sind sie im Innenverhältnis zueinander für den Schaden nach Maßgabe ihres Vertrages verantwortlich.

Jeder Vertragspartner kann Freistellung von der Haftung durch den anderen Vertragspartner bzw. Schadensausgleich verlangen, soweit der andere Vertragspartner im Verhältnis der Parteien zueinander für den Schaden aufzukommen hat.

§11 Vertragliche Schadensersatzpflicht der Parteien; Abtretung von Drittansprüchen**11.1 Schadensersatzpflicht des Auftragnehmers**

(1) Erwächst dem Auftraggeber aus einer vom Auftragnehmer zu vertretenden Pflichtverletzung ein Schaden, so hat der Auftragnehmer diesen Schaden nach den gesetzlichen Vorschriften zu ersetzen. Es gelten jedoch die folgenden Einschränkungen:

(2) Beruht der Schaden des Auftraggebers auf einem Überwachungsfehler des Auftragnehmers und zugleich auf einem Mangel der Leistung eines ausführenden Unternehmers („Dritter“), so ist der Auftraggeber insoweit auf Verlangen zunächst verpflichtet, den Dritten auf Ausgleich des Schadens bzw. auf Mängelbeseitigung in Anspruch zu nehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber alle zur Durchsetzung eventueller Rechte gegen Dritte erforderlichen Informationen zu geben und ihm bei der Rechtsverfolgung behilflich zu sein. Unter diesen Voraussetzungen kann der Auftragnehmer eine Schadensersatzleistung an den Auftraggeber verweigern, bis glaubhaft dargelegt ist, dass der Auftraggeber seine Ansprüche bei dem Dritten in zumutbarer Weise außergerichtlich nicht befriedigen kann.

Rückgriffsansprüche des Dritten gegen den Auftragnehmer bleiben unberührt.

(3) Ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber schadensersatzpflichtig, für dieses Schadenrisiko aber versichert, so hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer möglichst Gelegenheit zu geben, den Schaden durch seine Versicherung ausgleichen zu lassen. Der Auftraggeber soll insbesondere die Begründung und Realisierung von Deckungsansprüchen des Auftragnehmers nicht ohne Grund erschweren.

11.2 Schadensersatzpflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber haftet dem Auftragnehmer nach allgemeinen Regeln auf Schadensersatz, wenn eine von ihm zu vertretene Pflichtverletzung zu einem Schaden des Auftragnehmers führt. Es gelten jedoch folgende Einschränkungen:

(2) Besteht der Schaden des Auftragnehmers in einer Vermögenseinbuße, für die glaubhaft die Haftung eines Dritten (z. B. Bauausführender, Nebenunternehmer, Mitplaner) in Betracht kommt, so darf der Auftraggeber den Auftragnehmer insoweit darauf verweisen, den Schaden zunächst bei dem Dritten geltend zu machen.

Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer alle zur Durchsetzung eventueller Ansprüche gegen Dritte erforderlichen Informationen zu geben und ihm bei der Rechtsverfolgung behilflich zu sein. Unter diesen Voraussetzungen kann der Auftraggeber eine Schadensersatzleistung gegenüber dem Auftragnehmer verweigern, wenn glaubhaft dargelegt ist, dass der Auftragnehmer seine Ansprüche bei dem Dritten in zumutbarer Weise befriedigen kann.

Rückgriffsansprüche des Dritten gegen den Auftraggeber bleiben unberührt.

(3) Der Auftraggeber haftet für die beim Auftragnehmer unmittelbar verletzte Rechtsgüter und nicht für Folgeschäden, wenn er gleichzeitig darlegt, dass

- a) der Schaden auf einer nur leicht fahrlässigen Pflichtverletzung beruht,
- b) der Schaden nicht auf einer für den Vertragszweck wesentlichen Pflichtverletzung („Kardinalpflicht“) beruht,
- c) der eingetretene Schaden nicht versichert ist und im Hinblick auf erkennbare Risiken in zumutbarem Rahmen nicht versichert werden konnte.

(4) Die Haftungsbegrenzung des Auftraggebers gemäß Abs. 3 schließt mögliche Rückgriffsrechte Dritter gegen ihn nicht aus.

11.3 Abtretung von Drittansprüchen

Beruht der Schaden auf einem Ereignis, für das neben dem Vertragspartner ein Dritter verantwortlich ist, kann der Vertragspartner vom Geschädigten verlangen, dass ihm dieser Zug um Zug gegen Ausgleich des Schadens seine entsprechenden Ansprüche gegen den Dritten abtritt. Gesetzliche Ausgleichsansprüche des Vertragspartners gegen den Dritten bleiben unberührt.

11.4 Schadensersatz statt der Leistung

(1) Hat der Auftragnehmer seine Gesamtverpflichtung nur zu einem Teil vertragsgerecht erfüllt (§ 281 Abs. 1, Satz 2 BGB), so kann der Auftraggeber Schadensersatz statt der ganzen Leistung nicht verlangen, wenn davon auszugehen ist, dass er die erbrachten Teilleistungen wertgemäß verwendet.

(2) Bei mangelhafter Leistung (§ 281 Abs. 1, Satz 3 BGB) kann Schadensersatz statt der ganzen Leistung nur gefordert werden, wenn die Pflichtverletzung des Auftragnehmers zum Fortfall des Auftraggeberinteresses an der Gesamtleistung führt.

§ 12 Abnahme

12.1

(1) Vertragsgemäß fertig gestellte Leistungen des Auftragnehmers sind vom Auftraggeber ausschließlich förmlich abzunehmen (§ 640 Abs. 1 Satz 1 BGB), soweit sie sich auf ein gegenständlich prüfbares Ergebnis beziehen. Das gilt insbesondere für Planwerke, Berechnungen, gutachtliche Erklärungen und die Überwachung bzw. weitere Betreuung der Objektherstellung. Grundsätzlich ist eine Teilabnahme von Leistungen, insbesondere etwa nach Abschluss einzelner Leistungsphasen und -stufen, ausgeschlossen. Ausnahmen von diesem Grundsatz geltend nur bei ausdrücklicher schriftlicher, vertraglicher Vereinbarung bzw. unter Berücksichtigung nachfolgender Regelungen.

(2) Soweit sich die Aufgabe des Auftragnehmers (auch) darauf bezieht, leitend an der Herstellung der Bauleistung eines Dritten mitzuwirken (insbesondere die Objektüberwachung), ist auf Verlangen des Auftragnehmers oder des Auftraggebers eine förmliche und schriftlich zu protokollierende Abnahme (ggf. Teilabnahme) durchzuführen, wenn der Auftragnehmer vertragsgemäß sämtliche Aufgaben erfüllt hat, die unmittelbar dem Entstehenlassen des Bauwerkes und der Kontrolle seiner Vertragsgemäßheit dienen.

(3) Wenn sich aus dem Vertrag der Parteien nichts Anders ergibt, sind die Voraussetzungen des Absatzes 2 mit der Erfüllung sämtlicher Aufgaben gemäß §§ 34 Abs. 2 Nr. 8, 39 Abs. 3 Nr. 8, 43 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8, 47 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 bzw. 55 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 HOAI erreicht. Weitergehende Vertragspflichten des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber bleiben unberührt.

(4) Andere oder über das bauliche Ergebnis des Vertrages hinausgehende werkvertragliche Leistungen des Auftragnehmers gelten gemäß § 646 BGB mit ihrer Vollendung als abgenommen.

12.2

Die Abnahmeerklärung hat in Schriftform zu erfolgen.

12.3

Soweit sich der Auftraggeber bei der Abnahme Rechte vorbehalten will (vgl. etwa §§ 640 Abs. 2, 341 Abs. 3 BGB), hat er dem Auftragnehmer dieses spätestens innerhalb eines Monats nach Abnahme bzw. nach Eintritt der Abnahmewirkungen in Textform zu erklären.

§ 13 Nacherfüllung des Auftragnehmers**13.1**

(1) Der Auftragnehmer hat seine Leistung nach den vertraglichen Vereinbarungen zu erfüllen. Bei der Planung und Ausführung der Bauleistung hat der Auftragnehmer die anerkannten Regeln der Technik zu beachten; will er davon abweichen, hat er den Auftraggeber rechtzeitig auf die darin liegenden Risiken hinzuweisen.

(2) Schuldet der Auftragnehmer eine Planungsleistung, muss sie als Grundlage der vertraglich vorgesehenen weiteren Projektbearbeitung geeignet sein. Auf erkennbare Risiken, die diesen Erfolg in Frage stellen, hat der Auftragnehmer frühzeitig hinzuweisen.

(3) Besteht die Leistung des Auftragnehmers in der Leitung der Ausführung einer Bauleistung („Bauleitung“), so ist es seine Aufgabe, die Bauleistung mangelfrei entstehen zu lassen. Ein Mangel der Leistung des Auftragnehmers liegt insoweit vor, wenn das Bauwerk selbst nicht vertragsgemäß errichtet ist und dieser Mangel zugleich auf einer Pflichtverletzung (§ 280 Abs. 1 Satz 1 BGB) des Auftragnehmers beruht. Ist das Bauwerk selbst vertragsgerecht entstanden, so kann ein Mangel der Architektenleistung gleichwohl vorliegen, wenn der Auftragnehmer unbedingt geschuldete Aufgaben nicht vollständig erbracht hat.

13.2

(1) Hat der Auftragnehmer die geschuldete Leistung nicht vollständig oder mangelhaft erbracht, so hat ihm der Auftraggeber Gelegenheit zu geben, die Leistungen vertragsgemäß zu vollenden. Das gilt insbesondere bei der Herstellung von Plänen oder sonstigen gegenständlichen Leistungsergebnissen des Auftragnehmers.

(2) Weist das Bauwerk Mängel auf, die auf einem Planfehler oder auf einer Pflichtverletzung des Auftragnehmers im Rahmen der Objektüberwachung beruhen, hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer möglichst Gelegenheit zu geben, seine Leistungen im Zuge der Beseitigung der Bauwerksmängel vertragsgerecht nachzuholen.

13.3

Im Übrigen gelten für Nacherfüllungsansprüche des Auftraggebers die Vorschriften der §§ 633 ff. BGB, soweit der Auftragnehmer ein Leistungsergebnis werkvertraglich zu erbringen hat.

§ 14 Verjährung von Ansprüchen aus Vertragsstörungen**14.1 Mängelansprüche: Nacherfüllung; Selbstvornahme; Schadensersatz**

(1) Gemäß § 634a Abs. 1 BGB verjähren die in § 634 Nr. 1 (Nacherfüllung), 2 (Aufwendungsersatz) und 4 (Schadensersatz) bestimmten Ansprüche aus Mängeln des Architektenwerkes

a) in fünf (5) Jahren bei Planungs- und sonstigen objektbezogenen Betreuungsleistungen (insbesondere Überwachungsleistungen), für Hoch- und Tiefbauten („Bauwerksverjährung“),

b) in zwei (2) Jahren bei entsprechenden (lit.a) Aufgaben der Raumgestaltung (soweit diese nicht Bestandteil des Hochbaues ist) sowie bei Leistungen, die sich lediglich auf eine Grundstücksbearbeitung beziehen („Sachmängelverjährung“).

(2) Der Regelverjährung (§ 195 BGB) unterliegen alle sonstigen Ansprüche aus der Verletzung von nicht objektbezogenen (oben lit. a, b) Pflichten sowie aus der Verletzung von Nebenpflichten gemäß § 241 Abs. 2 BGB.

14.2 Rücktrittsrecht; Minderung

Das Recht des Auftraggebers zum Rücktritt vom Verträge oder zur Minderung (§ 634 Nr. 3 BGB) ist ausgeschlossen, wenn sein Leistungs- oder Nacherfüllungsanspruch gegenüber dem Auftragnehmer verjährt ist (im Falle der §§ 275 Abs. 1 bis 3, 635 Abs. 3 verjährt wäre) und sich der Auftragnehmer darauf beruft, §§ 218, 634a Abs. 4, 5 BGB.

14.3 Anspruchskonkurrenzen

(1) Treffen bei gleichen Sachverhalten vertragliche Ansprüche der Parteien mit Ansprüchen aus unerlaubter Handlung zusammen, so gilt auch für die Ansprüche aus unerlaubter Handlung die vertragliche Verjährungsfrist, es sei denn, die Verjährungsfrist für Ansprüche aus unerlaubter Handlung ist länger als die vertragliche Frist. Die erschwerte Verjährung von Ansprüchen aus unerlaubter Handlung bleibt im Übrigen unberührt, soweit der Ersatzpflichtige den Schaden grob fahrlässig oder vorsätzlich (zum Beispiel durch arglistige Täuschung) herbeigeführt hat oder Personen verletzt worden sind.

(2) Wird die Verjährung eines Mängelanspruches aus Vertrag oder aus unerlaubter Handlung gehemmt (§§ 203-211 BGB) oder ihr Neubeginn veranlasst (§ 212 BGB), so gilt dies auch für alle weiteren Anspruchsgrundlagen, die das gleiche Gläubigerinteresse verfolgen (Klarstellung zu § 213 BGB).

(3) Stehen den Parteien mögliche Ansprüche aus demselben Sachverhalt nicht nur gegen den Vertragspartner, sondern auch gegenüber Dritten zu, so haben sich die Parteien über die Anspruchsgründe und den Forderungsverlauf zu informieren, wenn ein berechtigtes Interesse geltend gemacht wird.

14.4 Zäsur nach Objektüberwachung

(1) Hat der Auftragnehmer neben der Objektüberwachung auch die sich anschließende Objektbetreuung (vgl. etwa §§ 34 Abs. 2 Nr. 9, 39 Abs. 3 Nr. 9, 43 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9, 47 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 bzw. 55 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 HOAI) übernommen (vgl. auch § 1 Nr. 9 dieser Vertragsbedingungen), beginnt die Verjährung der Mängelansprüche gegen den Auftragnehmer hinsichtlich etwaiger Objekt-mängel mit der Teilabnahme seiner Leistung nach Fertigstellung und Abnahme des gegenständlichen Bauwerkes sowie Vorliegen der sonstigen in § 12 Nr. 1 Abs. 2 und 3 für die Teilabnahme nach Abschluss der Objektüberwachung geregelten Voraussetzungen.

(2) Der Verjährungslauf für Ansprüche aus Pflichtverletzungen im Rahmen der Objektbetreuung (LP 9) beginnt mit der Vollendung dieser Leistung und der Mitteilung des Auftragnehmers in Textform über die Fertigstellung seiner Leistungen.

§ 15 Auskunft Vorlage- und Herausgabepflicht

15.1

(1) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf dessen Anforderung ohne besondere Vergütung Auskunft über den Stand seiner Leistungen zu erteilen. Er hat dem Auftraggeber bei Bedarf Kopien über den Schriftwechsel zwischen den am Bau Beteiligten zur Verfügung zu stellen; Auslagen sind ihm zu erstatten, sofern sie nicht nach dem jeweiligen Vertrag mit einer Nebenkostenpauschale oder der Vergütung insgesamt bereits mit abgegolten sind.

Ein Zurückbehaltungsrecht (§ 273 BGB) wegen fälliger Gegenforderungen steht dem Auftragnehmer nicht zu, wenn dringliche Interessen des Auftraggebers die sofortige Auskunftserteilung erfordern.

(2) Die Auskunftspflicht erstreckt sich auch auf die Beratung des Bauherrn oder seiner Beauftragten im Falle streitiger Auseinandersetzungen mit den am Bau beteiligten Auftragnehmern über Planung und Bauausführung. Der Auftragnehmer hat ggf. die erforderlichen Beweisunterlagen zur Verfügung zu stellen.

15.2

Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, sind die vom Auftragnehmer zur Erfüllung des Vertrages angefertigten Unterlagen dem Auftraggeber übersichtlich und vollständig als Pausen der Originalzeichnungen oder als sonstige elektronische Medien bzw. auf Datenträger auszuhändigen.

15.3

(1) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber dessen Unterlagen zurückzugeben, wenn er sie zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht mehr benötigt.

(2) Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, die bei ihm im Zusammenhang mit der Auftragserfüllung entstandenen Unterlagen länger als 10 Jahre nach Erteilung der Schlussrechnung aufzuheben. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber mindestens zwei Wochen vor der Vernichtung der Unterlagen zu benachrichtigen und ihm die Möglichkeit der Übernahme anzubieten.

(3) Unterlagen, an denen dem Auftraggeber Rechte zustehen (Eigentum; Persönlichkeitsrechte; sonstige Herausgabeansprüche) dürfen nicht vernichtet werden, solange sie dem Auftraggeber nicht nachweislich zur Rücknahme angeboten worden sind und sich dieser im Annahmeverzug befindet. Sie sollen auch dann möglichst aufbewahrt werden.

§ 16 Abrechnung, Zahlungspflicht des Auftraggebers

16.1

(1) Der Auftraggeber ist zur Zahlung von Abschlägen entsprechend dem vertraglich vereinbarten Zahlungsplan verpflichtet, wenn der Auftragnehmer die nach dem Plan vereinbarte Leistung erbracht hat.

(2) Ist kein Zahlungsplan vereinbart, so hat der Auftragnehmer Anspruch auf Abschlagszahlungen in angemessenen zeitlichen Abständen für nachgewiesen erbrachte und verwertbare Leistungen, sofern die Parteien im Einzelfall mit dem Vertrag nicht etwas anderes vereinbart haben. Zahlungen sind binnen 18 Werktagen nach Zugang einer Abschlagsrechnung zu leisten. Die Abschlagsrechnung muss auf Anforderung des Auftraggebers den Leistungsstand des Architekten anhand seiner Pflichten nach dem geschlossenen Vertrag darstellen. Die Abschlagsrechnung muss prüfbar auch unter Kostengesichtspunkten sein (Vollständigkeit und Richtigkeit der zum jeweiligen Leistungs- und Abrechnungsstand geschuldeten Kostenermittlung).

16.2

Wenn nicht die Parteien eine andere Regelung getroffen haben, sind Nebenkosten im vereinbarten Umfang in angemessenen zeitlichen Abständen zu erstatten.

16.3

(1) Nach im wesentlichen vertragsgemäßer Erbringung der Leistungen aus Leistungsphase 8 (Objektüberwachung) und deren (Teil-) Abnahme (§ 12) hat der Auftragnehmer Anspruch auf eine Teilschlusszahlung. Der Betrag ist alsbald, spätestens aber 8 Wochen nach Zugang einer prüffähigen Teilschlussrechnung, zu zahlen.

(2) Für Leistungen der Leistungsphase 9 aus §§ 34 Abs. 2 Nr. 9, 39 Abs. 3 Nr. 9, 43 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9, 47 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 bzw. 55 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 HOAI hat der Auftragnehmer nach vertragsgemäßer Erbringung dieser Leistungen Anspruch auf entsprechende Honorarzahlung. Gegen Übergabe einer tauglichen, zeitlich nicht begrenzten selbstschuldnerischen Bürgschaft kann der Auftragnehmer jedoch die Auszahlung des auf die Leistungsphase 9 (Objektbetreuung und Dokumentation) entfallenden Honorars bereits zu dem in Abs. 1 maßgebenden Zeitpunkt verlangen; er hat dann seine Schlussrechnung zu legen.

16.4

Nachforderungen nach einer einmal erteilten (Teil-)Schlussrechnung sind ausgeschlossen, wenn der Auftraggeber hierauf entsprechende Zahlung geleistet hat und er nach den Grundsätzen von Treu und Glauben davon ausgehen durfte, dass der Auftragnehmer mit der (Teil-) Schlussrechnung eine endgültige Bewertung seiner Leistungen vorgenommen hat und der Auftraggeber in schutzwürdiger Weise darauf vertraut hat vertrauen durfte und sich in schutzwürdiger Weise darauf eingerichtet hat. Die Einschränkung gilt nicht, wenn dem Auftragnehmer erst nach Erteilung der Schlussrechnung Sachverhalte bekannt werden, die ein höheres Honorar rechtfertigen.

§ 17 Berufshaftpflicht des Auftragnehmers

17.1

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine für das übernommene Risiko ausreichende Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und auf die Dauer des Vertrages einschließlich der Verjährungsfrist von Mängelansprüchen aufrechtzuerhalten.

Bei mehreren Auftragnehmern muss entsprechender Versicherungsschutz für jeden Auftragnehmer bestehen. Soweit vertraglich nichts anderes vereinbart oder gesetzlich vorgeschrieben ist, müssen die Deckungssummen mindestens betragen:

für Personenschäden	Euro 3.000.000
und für Sachschäden	Euro 3.000.000

17.2

Der Auftraggeber kann vor Auszahlung fälliger Honorarforderungen verlangen, dass der Auftragnehmer das Bestehen einer Versicherungsdeckung für Berufshaftpflichtfälle nach dem zu den in der Bundesrepublik Deutschland allgemein üblichen Berufshaftpflichtbedingungen und in Höhe der vertraglich vereinbarten Deckungssummen bei Vertragsabschluss nachweist.

§ 18 Urheberrecht

18.1

(1) Soweit die vom Auftragnehmer gefertigten Unterlagen oder das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen nach dem Urheberrechtsgesetz geschützte Werke der Baukunst darstellen, bestimmen sich die Rechte des Auftragnehmers auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke in Ergänzung zum Urheberrechtsgesetz nach den folgenden Vorschriften, sofern nicht die Vertragsparteien konkret etwas anderes vereinbart haben.

(2) Beschränkt sich der Auftrag des Auftragnehmers auf die Vorplanung und/oder die Entwurfsplanung, so verbleiben dem Auftragnehmer die urheberrechtlichen Nutzungsrechte an seinen Werken, soweit vertraglich nichts anderes bestimmt ist. Ist nach den Plänen des Auftragnehmers mit seiner Zustimmung gebaut worden, darf der Auftraggeber die vom Auftragnehmer gefertigten Unterlagen für den vertraglichen Zweck weiter nutzen.

(3) Ist der Auftraggeber zur Nutzung der urheberrechtlich geschützten Leistung des Auftragnehmers berechtigt, so darf er im Falle der Beendigung dieser Leistung (z.B. Kündigung) vor Fertigstellung des Bauvorhabens die Planung zu dessen Fertigstellung auch ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen. Der Auftraggeber ist zur Änderung der Planung berechtigt, wenn bei einer im Einzelfall durchzuführenden Interessenabwägung die Belange des Urhebers an seiner geschützten Planung hinter den schutzwürdigen Interessen des Auftraggebers zurücktreten und eine Entstellung des Werkes oder eine andere Beeinträchtigung im Sinne von § 14 UrhG nicht zu besorgen ist.

Soweit zumutbar, ist der Auftraggeber verpflichtet, den Auftragnehmer vor einer Werkänderung anzuhören und seine Anregungen möglichst zu berücksichtigen.

(4) Die in Abs. 3 geregelte Befugnis des Auftraggebers zur Werknutzung gilt auch für den Fall, dass das fertiggestellte Bauvorhaben verändert oder nach Untergang wiederhergestellt werden soll. Der Auftraggeber ist jedoch ohne Zustimmung des Auftragnehmers nicht zur Vervielfältigung des Bauvorhabens berechtigt.

18.2

Genießen die Leistungen des Auftragnehmers keinen Urheberschutz, so kann der Auftraggeber die Planung des Auftragnehmers für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen und ändern. Dasselbe gilt auch für ausgeführte Werke. Der Auftraggeber ist jedoch zur Vervielfältigung der Bauausführung ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nicht berechtigt.

18.3

(1) Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung urheberrechtlich geschützter Werke nur unter Namensangabe des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer hat Anspruch darauf, dass nach entsprechendem Nachweis auch Miturheber, die nicht Vertragspartner des Auftraggebers sind, als Autoren benannt werden.

(2) Das Veröffentlichungsrecht des Auftragnehmers unterliegt der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform. Die Planungs- und Kostendaten der Baumaßnahme dürfen vom Auftragnehmer nicht an Dritte weitergegeben werden.

§ 19 Vollmacht des Auftragnehmers

19.1

Eine Vollmacht zur Vertretung des Auftraggebers ist dem Auftragnehmer schriftlich unter möglichst genauer Bezeichnung des Vollmachtungsumfangs zu erteilen.

19.2

(1) Fehlt es an einer solchen ausdrücklichen Vollmacht, ist der Auftragnehmer nur berechtigt, den Auftraggeber bei Erklärungen zu vertreten, die für die Wahrnehmung seines Auftrages zur Koordinierung und Betreuung der Bauleistung sachlich notwendig sind. Zu weitergehenden rechtsgeschäftlichen Verpflichtungen des Auftraggebers ist der Auftragnehmer nicht bevollmächtigt.

(2) Zur rechtsgeschäftlichen Abnahme von Bauleistungen ist der Auftragnehmer ohne besondere Vollmacht nicht berechtigt. Die Feststellung von technischen Zwischenergebnissen der Leistung setzt eine gesonderte Vollmacht des Auftragnehmers nicht voraus. Etwaige Ergebnisse des Auftragnehmers bei Aufmaß- und Rechnungsprüfungen sind ausschließlich an den Auftraggeber zu richten und nicht von einer Erklärungsvollmacht gegenüber Dritten gedeckt. Die Weitergabe solcher Prüfergebnisse, etwa an den ausführenden Unternehmer, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers in Textform.

19.3

Bei besonderer Dringlichkeit ist der Auftragnehmer berechtigt, Erklärungen für den Auftraggeber auch ohne Vollmacht abzugeben, wenn das wohlverstandene Interesse des Auftraggebers dies erfordert. Der Auftragnehmer hat den Erklärungsgegner in diesen Fällen möglichst auf den Mangel seiner Vollmacht hinzuweisen und unverzüglich die Genehmigung des Auftraggebers einzuholen.

§ 20 Verfahren bei Auseinandersetzungen; Gerichtsstand

20.1

Liegen die Voraussetzungen einer Gerichtsstandsvereinbarung nach § 38 Abs. 1, 2 ZPO vor, so ist, sofern im Vertrag nichts anderes geregelt ist, Wahlgerichtsstand auch der Ort, an dem die tatsächlichen Bauleistungen im Schwerpunkt ausgeführt werden.

20.2

Meinungsverschiedenheiten und Streitfragen berechtigen die Parteien nur insoweit, ihre Mitwirkung an der Vertragserfüllung einzustellen, als ihnen auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Vorschriften ein Zurückbehaltungsrecht zusteht.

§ 21 Rechtsgeltung; Internationaler Rechtsverkehr; Vertragsänderungen; Auslegungsregel

21.1

Soweit nichts anderes vereinbart ist, gilt für den Vertrag das deutsche Recht, einschließlich des deutschen Internationalen Privatrechts. Staatliche Rechtsnormen werden durch diesen Vertrag nur insoweit verdrängt, als dies zulässig ist und nach dem Inhalt des gesamten Vertrages von einem entsprechenden Parteiwillen ausgegangen werden kann.

21.2

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages werden ausschließlich dann wirksam, wenn sie unter Beachtung der jeweiligen Vertretungsmacht schriftlich fixiert werden. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen und werden auch in Zukunft nicht erfolgen. Insbesondere bedürfen auch die Aufhebung und die Änderung der Schriftformregelung der schriftlichen Form sowie der Beachtung etwaiger besonderer Vertretungsregelungen auf Seiten des Auftraggebers.

21.3

Weist der Vertrag eine ungewollte Lücke auf oder wird er ergänzungsbedürftig, werden ihn die Parteien nach ihren gemeinsamen wirtschaftlichen Zielvorstellungen ausfüllen.